



# VVN-BdA Baden-Württemberg

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschist/inn/en  
VVN-BdA Landessprecherin BaWü Anne Rieger

Friedrichshafen, den 5.5.2007

## 60 Jahre VVN-BdA Friedrichshafen 5.5.2007

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

Liebe Gäste,

Am 17. Mai 1947 wurde in Stuttgart der Landesverband der VVN von WiderstandskämpferInnen und Verfolgten des Naziregimes gegründet.

Ich freue mich sehr, zum 62 Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg hier im Namen des Landesverbandes mit Euch und Ihnen gemeinsam 60 Jahre antifaschistische Arbeit am Bodensee und in Baden-Württemberg zu würdigen und zu feiern.

Antifaschistische Arbeit bedeutete vor 60 Jahren,  
Soziale Arbeit für die Opfer der Faschisten und  
Aufklärungsarbeit für alle.

Denn für unsere Gründungsmitglieder, hat Antifaschismus niemals nur bedeutet, den Blick nach rückwärts zu richten. Es ging ihnen immer auch um den Blick nach vorn – es ging ihnen darum, aus der Geschichte zu lernen. Sie hatten die Vision einer antifaschistischen Welt

Sie schwören in Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Sie hatten den Wunsch und Willen gemeinsam mit anderen eine antifaschistische Deutsche Republik aufzubauen.

Auch wir wollen heute den Schwerpunkt auf Gegenwart und Zukunft richten

Anfang März diesen Jahres gab es zwei wichtige Gerichtsentscheidungen bei uns im Südwesten, die alle AntifaschistInnen bundesweit aufhorchen ließen und uns alle mit Erleichterung und Befriedigung erfüllten.

Der Bundesgerichtshof hatte entschieden, dass durchgestrichene Hakenkreuze Anti-Nazi-Symbole sind.

Was sich wie eine Banalität anhört, war ein riesiger Erfolg der antifaschistischen Demokratiebewegung von unten.

Das oberste Gericht sprach Jürgen Kamm, den Geschäftsführer des Nix-Gut Versandes, frei.

Und der Verwaltungsgerichtshof hob das Berufsverbot gegen unser Mitglied Michael Cszakóczy auf und stellte fest, dass das Oberschulamt Karlsruhe ihm zu Unrecht die Einstellung verweigerte.

Beide Gerichtsurteile sind wichtige Teilerfolge der antifaschistischen Demokratiebewegung von unten.

Mutige Antifaschisten, Michael Caskosy und Jürgen Kamm, haben sich nicht einschüchtern lassen.

Mit aufrechem Gang haben sie bis in die letzte gerichtliche Instanz für unser demokratisches Recht gekämpft – sowohl für das Verwenden und den Verkauf von Antinazisymbolen als auch für das demokratische Recht, sich gegen Krieg und Faschisten zu engagieren und gerade deswegen Lehrer und Vorbild für die Jugend zu sein.

Aber ohne die Breite, Intensität und Hartnäckigkeit des Protests und Widerstands der antifaschistischen Demokratiebewegung von unten, wären diese Abwehrerfolge nicht zustande gekommen.

Auch viele Mitglieder unserer VVN - BdA und die Organisation haben sich dafür engagiert.

Ich habe noch selten einen Angriff auf AntifaschistInnen erlebt, der in einer solch politisch breiten Übereinstimmung zurückgewiesen wurde, wie die Verfolgung von AntifaschistInnen, die Antinazisymbole verwendeten. Im Rems-Murr-Kreis, der Heimat des Nix-Gut Versands, ging es ja nicht nur um ihn.

Dort hatte die Polizei unter der Oberaufsicht der Staatsanwaltschaft, Schülern mit dem Messer Aufnäher mit zerschlagenem Hakenkreuz von der Jacke abgetrennt.

Die Presse hat das im Foto dokumentiert.

Junge Schülerinnen und Schüler wurden bei ihren Aufklärungsaktion über Neofaschismus von der Polizei eingekesselt.

Eineinhalbe Jahre lang folgten daraufhin Protestaktionen und Demonstrationen.

Unverständnis und Empörung über die Verfolgung von aufklärenden AntifaschistInnen intensivierte sich sowohl in der Presseberichterstattung als auch in Leserbriefen, weit über den Kreis und die Region hinaus.

Die Gewerkschaftsjugend, sowie bis dahin völlig unbeteiligte Menschen, trugen durchgestrichene Hakenkreuze.

Als der DGB-Vorsitzende Michael Sommer von der Staatsanwaltschaft verfolgt wurde, weil er ein durchgestrichene Hakenkreuz auf der Kundgebung am 21. Oktober in Stuttgart getragen hatte, zeigten sich spontan GewerkschafterInnen selbst an.

Auch wir als VVN-BdA haben uns angezeigt. Schließlich weisen wir seit 60 Jahren mit dem zerschlagenen Hakenkreuz auf die Kontinuität zwischen den Faschisten mit ihrem Hakenkreuzen und dem heutigen Neofaschismus hin.

Alle Verfahren sind in der Zwischenzeit eingestellt. Das ist auch unsere Erfolg.

Auch gegen das Berufsverbot von Michael Csaszkóczys haben sich Tausende engagiert.

SchülerInnen sammelten Unterschriften, übergaben sie im Kultusministerium.

Auf der Webseite des Solidaritätskomitees veröffentlichten Hunderte ihre Proteste, beteiligten sich an den Demonstrationen.

Menschen aus unterschiedlichen politischen Spektren, aus Heidelberg, der Bundesrepublik und Europa, Abgeordnete verschiedener Parteien, die GEW und andere GewerkschafterInnen haben sich gegen die antidemokratische Waffe ausgesprochen.

Trotz aller Freude über die beiden erkämpften Urteile fragen wir uns: Was ist das für eine Gesellschaft, in der es notwendig ist, sich sein Recht auf Antifaschismus und Friedenskampf bis ins oberste Gericht zu erstreiten?

Eine Gesellschaft, in der unsere VVN- BdA ist auch 60 Jahren nach der Beendigung des Faschismus als Herrschaftsform, nach wie vor, unabdingbar notwendig.

Es ist eine Gesellschaft, in der Menschen, wie Kurt Georg Kiesinger, Mitglied der NSDAP seit 1933, später stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung, die direkt dem Goebbelsministerium unterstand, erst Ministerpräsident von Baden Württemberg und anschließend Bundeskanzler werden konnte.

Eine Gesellschaft, in der eine vom SS-Mann Schönhuber gegründete Partei, die Reps, ungestraft agieren kann.  
Eine Gesellschaft, in der Bundeswehreinheiten, wie die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr in Calw, von einem General Günzel befehligt wurden, der den antisemitischen Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmanns Beifall bekundete.

Eine Gesellschaft, in der ein Mensch wie Hans Filbinger, Ministerpräsident werden konnte, ein Mann der auf eigenen Antrag in 1937 in die NSDAP eintrat,  
Mitglied des Nationalsozialistischen Studentenbundes und der SA war,  
der Deserteure, die nach Schweden fliehen konnten, in Abwesenheit zum Tode verurteilte,  
der für den Matrosen Walter Gröger die Todesstrafe beantragte, die umgesetzt wurde,  
der noch nach Kriegsende in britischer Gefangenschaft deutsche Matrosen mit Nazigesetzen verfolgte.

Und der später – als er damit konfrontiert wurde, sagte, Zitat: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“. Zitat Ende.

Ein solch furchtbarer Jurist konnte, als das alles hier aufgezählte einer breiten Öffentlichkeit bereits lange bekannt war, von seiner CDU in die Bundesversammlung delegiert werden, um den Bundespräsidenten Horst Köhler zu wählen und dem, anlässlich seines 90. Geburtstages, von der Landesregierung einen Empfang im Ludwigsburger Schloss bereitet wurde.

Und um das ganze zu toppen, kann in dieser Gesellschaft, der amtierende Ministerpräsident unseres Landes, Günther Oettinger, über diesen Hans Filbinger sagen:

Zitat: „Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil, er war ein Gegner des NS-Regimes“, Zitat Ende, ohne das der Ministerpräsident zurücktreten muss.

Völlig zu Recht reagierte die Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, Zitat: "Filbinger als Gegner des NS-Regimes zu bezeichnen, ist eine gefährliche und für die Überlebenden verletzende Perversion der historischen Realität."

Ich füge hinzu, damit stellte er ihn in eine Reihe mit Widerstandsgruppen wie der "Weißen Rose" um Sophie Scholl, die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944, Alfred Hausser, Gertrud Müller, Friedolin Endraß oder Erich Selzle, um nur einige der gequälten oder getöteten Antifaschisten zu nennen.

Erst unter massiven Druck hat sich der Ministerpräsident von seinen Formulierungen distanziert und bei den Opfern entschuldigt, seine Mitgliedschaft in schwarzbraunen Studienzentrum Weikersheim ruhen lassen, dass sich nun, wiederum nur unter massiven Öffentlichen Druck vom Vorstandsmitglied Klaus Hornung trennt, der zahlreiche Texte in rechtsextremen Verlagen veröffentlicht und Vorträge bei rechtsextremen Vereinigungen gehalten hat.

Auch Albrecht Jébens muss die Hans-Filbinger-Stiftung verlassen, die eng mit Weikersheim verbunden ist. Er war unter anderem Vorsitzender der "Gesellschaft für freie Publizistik", die der Verfassungsschutz seit Jahren beobachtet und als eindeutig rechtsextrem einstuft.

Auch die "Jung-Weikersheimer", die Nachwuchs-Organisation der konservativen Denkfabrik, hatten Ex-Generals Reinhard Günzel als Redner zu einer Veranstaltung eingeladen.

Das Studienzentrum Weikersheim ist ein "Scharnier zwischen Konservatismus und Neonazismus" und keine "christlich-konservative Denkfabrik", sondern eine "Denkfabrik der Neuen Rechten".

Deswegen muss das Studienzentrum Weikersheim geschlossen werden.

Skandale um Weikersheim habe es schon genug gegeben, ich erinnere an den Republikaner-Chef Rolf Schlierer, den NPD-Sympathisanten Horst Mahler oder das NPD-Mitglied Wolfgang Strass. Von 1988 bis 1994 hat es das Studienzentrum öffentliche Gelder erhalten.

Angeichts dieser Vorkommnisse – oder besser sage ich schwarzbraunen Skandale -

angesichts dessen, dass das Naziregime das größte Verbrechen in der nachvollziehbaren Geschichte der Menschheit gewesen ist,  
das 60 Mio. Toten in einem von den Hitlerfaschisten angezettelten deutschen Aggressionskrieg zu verantworten hat,  
6 Mio. Jüdischen Mitbürgern umbrachte  
100.000 Antifaschisten, quälte, folterte und demütigte wurden,  
60 000 von ihnen durch die deutsche Justiz umbringen ließ

müssen wir doch eindeutig feststelle,  
die bisherige Aufarbeitung wird dieser Verbrechen – aber auch der aktuellen Vorkommnisse in unserem Lande - nicht gerecht.

Wir fordern vom Ministerpräsidenten und der CDU die Aufarbeitung dieser Verbrechen tatsächlich anzugehen – öffentlich unter Einbeziehung aller bekannten aktuellen und historischen Tatsachen.

Das wäre eine angemessene, wirkliche und vor allem wirksame Entschuldigung des Ministerpräsidenten und seiner stillen und auch lauten Unterstützer, vor den Opfern.

Dass würde bedeuten, auch die Landesregierung würde aus der Geschichte lernen.

Die erste Einsicht des Ministerpräsidenten müsste dann sein, unserer Organisation, die VVN-Bund der Antifaschisten nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Seit Jahrzehnten warnen wir vor dem Studienzentrum Weikersheim

Denn wir haben unsere Wurzeln im antifaschistischen Widerstand gegen das faschistische Hitlerregime, unsere Organisation warnen wir seit 60 Jahren vor den Gefahren von Faschisten und Neofaschisten, erst unter der Losung „Wehret den Anfängen“

Heute warnen wir unter der Losung „Wehret den Zuständen“.

Seit die Nachfolgeparteien der Faschisten sich in diesem Land wieder organisieren und etablieren konnten, seit es Aufmärsche von Faschisten gibt, seit sie unter der Jugend ihre Hetze verbreiten, seitdem klären wir auf, organisieren Protest und Widerstand, gemeinsam mit allen Demokraten und Antifaschisten, sowohl die Gefahr der Stiefelfaschisten auf der Straße als auch der Neofaschisten in Nadelstreifen beim Sektempfang.

Die Situation zeigt, unsere Organisation ist unabdingbar notwendig.

Eine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen der Hitlerfaschisten durch die Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten würde auch helfen gegen die aktuellen Verbrechen im Land.

Ich erinnere daran, dass die erste neonazistische Mordtat nach 1990 hier in Baden-Württemberg begangen wurde. Am 8 Juli 1992 wurde Sadri Berisha auf den Fildern nachts in seinem Bett überfallen und ermordet.

Seitdem nehmen neofaschistische Überfälle zu, sie finden überall im Land statt, stellvertretend will ich heute nur die Überfälle am Bodensee nennen.

Die umfassende Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus würde auch helfen, gegen die zunehmende Anzahl der neofaschistischen Aufmärsche im Land.

Von 2001 bis 2005 haben sie sich verzehnfachten von zwei auf 20. 2006 waren es mindestens 35 Aufmärsche plus Wahlkampfveranstaltungen der NPD, Schwäbisch Hall ist mit 13 Aufmärschen von Nazis überzogen werden.

Ich kann hier immer nur Beispiele nennen, alle Agitationen und Hetzkampagnen der Neofaschisten aufzuzählen, würde den heutigen Rahmen und den Festcharakter sprengen.

Aber die Hassgesänge in Fußballstadien gegen Menschen anderer Hautfarbe und

die versuchte Sprengung der 1. Mai Kundgebung der Gewerkschaften vergangenes Jahr in Gaggenau durch Neofaschisten kann ich nicht unerwähnt lassen.

Ebensowenig, dass jüngst einer unserer Kameraden aus Schwäbisch Hall, der mit anderen gemeinsam friedlich und gewaltfrei, wie der Polizeipräsident bestätigte, den Aufmarsch der Neofaschisten in Ellwangen verhinderte und nun mehrere Monate später eine Strafanzeige erhält.

Die umfassende Aufarbeitung der Verbrechen des Faschismus würde auch bedeuten, am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus nicht nur von Auschwitz, den Konzentrationslagern zu reden und der Opfer zu gedenken, also nicht nur vom Ende des Faschismus zu reden sondern vom Anfang, von der Machtübertragung am 30. Januar 1933 an die Nazis.

Davon zu reden, dass die Nazis nicht aus eigener Kraft zur Macht.

Vielmehr ermöglichten wichtigen Teilen der Eliten aus Wirtschaft, Großgrundbesitzern, Militär, Medien und dem politische Teil des Konservatismus die Machtübertragung auf Hitler und somit die Herbeiführung des Zweiten Weltkriegs.

Wer von Auschwitz redet, darf von der Kontinuität zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der Bundesrepublik Deutschland nicht schweigen:

Ich verweise auf das Ausführungsgesetz des Artikels 131 GG.

Dort wurde 1951 von der Adenauer-Regierung gesetzlich verankert, dass bei der Neubesetzung von Behörden-Stellen mindestens 20 % NS-Belastete berücksichtigen werden mussten.

(Zur Erläuterung dazu: Es gab nach 1945 Nichtbelastete, Mitläufer und Belastete. Letztere mussten bei der Stellenbesetzung mit 20 % berücksichtigt werden.)

Heute gibt es die NPD, die dienstälteste neofaschistische Partei.

Sie wurde von ehemaligen Funktionären der verbotenen faschistischen Deutschen Reichspartei gegründet wurde, deren Gründer wiederum teilweise NSDAP-Mitglieder waren.

Sie ist in 4 Landesparlamenten, in Berlin in 3 Bezirksverordnetenversammlungen und bundesweit in mehr als 100 Kommunen vertreten und

erhielt so allein in drei Jahren 3,8 Mio Euro Steuergelder.

Die NPD ist zum Gravitationszentrum, zum ideologischen und organisatorischen Rückgrat der Neofaschisten in der Bundesrepublik geworden.

Sie auszuschalten würde eine enorme Schwächung der neofaschistischen Strukturen und ihrer organisatorischen und ideologischen Basis bedeuten.

Deswegen führen wir in vom 27. Januar bis zum 9. November die Kampagne, NPD-Verbot jetzt durch. Unter einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben wir bisher 44.000 Unterschriften gesammelt, mindestens 100 000 haben wir uns zum Ziel gesetzt. Wir streben einen fraktionsübergreifenden Antrag der Bundestagsabgeordneten an, ein Verbot der NPD zu fordern.

Wir wissen, das mit dem Verbot der Partei, die neofaschistische Ideologie nicht aus den Köpfen ist, aber es ist eine Aufklärungskampagne lange nicht mehr gekannten Ausmaßes, denn viele viele Aufklärungsgespräche müssen geführt werden, um Unterschriften zu erhalten.

Außerdem würde ein solcher fraktionsübergreifender Antrag zu einer enormen öffentlichen Diskussion, über die verbrecherische NPD führen.

Darüber, dass

- die NPD die Demokratie abschaffen will,
- inhumane Hetze gegen Menschen verbreitet,
- die „Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzanerkennungsverträge“ fordert, damit zu Kriegstreiberin wird,
- ein „nationales Geschichtsbild will, „dass die Kontinuität unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt“ und „Ein Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung“ fordert,
- und damit indirekt die Einmaligkeit des Verbrechens des Holocaust leugnet.

Und würden wir das Verbot der NPD durchsetzen können, wäre es eine enorme Schwächung des Neofaschistischen Strukturen in diesem Land.

Unsere Steuergelder könnten sinnvoll ausgegeben werden

Und die Polizei wäre nicht mehr gezwungen, ihre Aufmärsche zu schützen.

Mit dieser Kampagne NPD-Verbot-Jetzt, haben wir uns offensiv als VVN-BdA wieder in die öffentliche Diskussion zurückgemeldet. Es gibt Unterstützung aus den unterschiedlichen Bereichen:

- der Augburger Oberbürgermeister,
- der Schauspieler Peter Sodann,
- der DGB Vorsitzende von Baden-Württemberg,
- der Gewerkschaftsrat von verdi,
- der 1. Vorsitzende der IG Metall und
- der Katholisch Bischof von Regensburg, Prof. Müller.

Unsere Kampagne NPD-Verbot-Jetzt ist ein superer Beitrag anlässlich des 60jährigen Jubiläums unserer Organisation. Unterschreibt, unterschreiben sei, nehmen sie Listen mit für Freunde, Kollegen, und die Familie.

Ja, es ist gut, dass es unsere VVN-BdA gibt. Wir setzen Marken im antifaschistischen Kampf.

Wir sind ein Generations- und Parteiübergreifendes Bündnis. Wir werden auch die nächsten 60 Jahre vor einer Rechtsentwicklung warnen, wenn es notwendig ist und antifaschistische Abwehrkämpfe führen..

Ich nehme den Fall des Berufsverbotes vom Beginn meines Vortrags nochmal auf:

Mit dem Urteil ist die Akte Berufsverbot in Deutschland nicht geschlossen. Baden-Württemberg muss Michael erst einstellen. Aber ohne breite und mutige Proteste, Widerstand und Kampf von unten, werden Michaels Akte und die Akte Berufsverbote höchstens befristet geschlossen. Denn Berufsverbote haben eine lange und furchtbare Tradition:

- die Karlsbader Beschlüsse 1819,
- die Demokratenverfolgungen nach der Revolution 1848/49,
- das Sozialistengesetz 1872,
- die preußischen Erlasse 1930,
- das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 1933,
- die Ermordung und Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und anderen Demokraten in den Konzentrationslagern der Nazis,
- der Adenauer-Erlass 1950,
- schließlich 1972 der Ministerpräsidentenbeschluss unter der Regierung Brandt, der durch die Verfolgung selbständig denkender Demokraten hunderte Menschen in ihrer Existenz bedrohte.

1995 hat der Europäische Gerichtshof in Strassbourg entschieden „Berufsverbote sind verfassungswidrig.“  
Das hat Frau Schavan und die Landesregierung nicht interessiert.

Die umfassende Aufarbeitung der verbrecherischen Geschichte des Faschismus müsste Günther Oettinger auch dazu veranlassen,  
einen antifaschistischen Lehrer, der unsere Jugend aufklärt, sofort wieder einzustellen.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

Antifaschismus ist unser Zukunftsentwurf für das 21. Jahrhundert.

Unsere Vision ist eine

- Welt des Friedens
- in der gelebte Demokratie und
- soziale Absicherung für alle Bürger und d
- er Erhalt der Natur Realität sind.
- Humanistische Einstellungen werden die vorherrschenden Werte sein.
- In dieser Welt wird es keinen Raum geben für Egoismen wie
  - Rassismus,
  - Nationalismus,
  - Standortlogik und
  - überhebliches Großmachtdenken.
- Angst vor Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit sind überwunden, Gewalt gegen Fremde und Andersdenkende sind ausgemerzt.
- Vernichtungswaffen und
- militarisierte Außenpolitik gehören ebenso der Vergangenheit
- an wie staatliche Repression gegen Opponenten.

Der Weg in eine antifaschistische Gesellschaft ist noch weit –

davor verschließen wir die Augen nicht.

Unser Zukunftstraum verstellt uns nicht die Sicht auf die heutige Realität.  
Vielmehr gibt er uns Kriterien an die Hand,  
nach denen wir die heutige Gesellschaft beurteilen und u  
nsere nächsten Schritte ableiten.

Wir sind sicher:

Einen andere Welt

Eine andere Gesellschaft ist möglich.

Bauen wir sie auf.